

Wilsdruffer Tageblatt

Früher: Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Fernruf Wilsdruff 6 / Postcheck Dresden 2640

Erstausgabe am Freitag, den 13. Oktober 1923, um 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen 1. bis Ende v. 14. - 20. 10. 1923 1.000 000 M., durch unsere Ausleger zugeteilt in der Stadt 500 000 M., auf dem Lande 500 000 M., durch die Post monatlich einlaufend. Alle Postanfragen und Postsendungen sowie unsere Anzeigen und Geschäftsbriefe nehmen jederzeit Befriedigung entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse können wir keine Haftung auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises übernehmen.



Anzeigenpreis für die 6-spaltige Normgröße 50 M., mal Wochen-Schließzeit (Woche v. 14.-20. 10. 600 000) Normgröße 125 M., mal Wochen-Schließzeit, amtliche Anzeigen, die 2-spaltige Normgröße 100 M., mal Wochen-Schließzeit, Nachweilungs-Gebühr 100 M., mal Wochen-Schließzeit. Anzeigenannahme bis zum 10. Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ohne schriftliche Genehmigung des Verlegers ist strafbar. Bei Rückfragen wenden Sie sich an den Verleger in Wilsdruff.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts u. Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Roffen.

des Amtsgerichts u. Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Roffen.

Nr. 121 — 1923 — 82. Jahrgang.

Dienstag / Mittwoch 16. / 17. Oktober

Die Zeit des Affenspiels.

Die gegenwärtige Zeit — und das geht nun schon jahrelang so — ist das durch den verlorenen Krieg schon so hart betroffene deutsche Volk in einer Weise, die beispiellos ist. Durch eine irreführende politische Führung, bei der das „Ain in die Kartoffeln — raus aus den Kartoffeln“ fast Trumpf geworden ist. Durch ein Wirtschaftsregime, das sein Gegenstück in der bekannten Schiernacher Sprungprozedur findet. Mit dem Unterschiede, daß bei dieser immer drei Sprungschritte nach vorn getan werden, ehe die Teilnehmer ihre zwei Schritte zurückhüpfen. Unter Wirtschaftsleben riskiert hin und wieder einmal ein Sprungchen nach vorn, um dann sofort durch vier Rückwärtsschritte den Karren immer weiter in den Sumpf zu treiben. Das ist der Unterschied gegen Schiernach. Am allermeisten geißt wird der Zeitungsschreiber. Heute freut er sich einer „Tat“, so aus Berlin gemeldet wird, und greift zur Feder, entzückt, seinen Lesern auch einmal etwas Ermutigendes mitteilen zu können, — doch kaum ist das Blatt aus der Presse, noch ehe es in die Hände derer gelangt, für die es bestimmt ist, da häufen und überhäufen sich schon die Dementis, das Gemeldete ins Gegenteil umzumodeln. Er berichtet von Walsenprüngen des Dollar, — um tags darauf beschämt zu gestehen, daß es Kängururückfälle gewesen! Heute erhebt er — der krassen Not gehorchend, nicht dem in dieser Beziehung längst begrabenen eigenen Triebe — den Bezugspreis um 100 Prozent, staunend ob seiner Kourage, — um morgen zu erkennen, daß er damit kaum den Kolographen des Papierfabrikanten auch nur für Stunden zu füllen vermag! — Und die Leser zittern. Zittern wegen der unbeständigen Berichterstattung ihres Lieblingsblattes, das früher viel zuverlässiger gewesen, — zittern ob der wachsenden Bezugspreise (die in ihrer Rückständigkeit kein Gegenstück aufzuweisen vermögen) — und wissen selbst ganz vortrefflich, die Preise für ihre eigenen Produkte von Stunde zu Stunde dem Dollarstande anzupassen, wenn dieser — — weiter steigt. So Landwirt wie Fabrikant, Handwerker und Handel. Und stimmt ihre Rechnung — was ja zumeist auf einige Tage vorzukommt — mit dem bisherigen Höchst-Dollarstande nicht mehr überein, ist er, der Verwaltende, von seiner Garantierhöhe auf Montblancregionen zurückgegangen, dann setzt der Pufferbegriff „Freiweiligkeit“ ein, — unter diesem Zeichen steigen die Preise weiter, — „von Rechts wegen!“ — Wie lange die Zeit des Affenspiels noch anhält? — Niemand vermag darauf Antwort zu geben. Wer die Geistes sind, weiß jedermann, nicht aber, wo die Affen, die sich im Affenspielen bis zur Virtuosität hinauf so trefflich üben. Möge der Wandspruch im Margaretenweg der Wartburg bald seine Wahrhaftigkeit erweisen:

„Denn wer die Leute affen will,
Der wird bald selbst zum Affenspiel.“

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Der Reichstag hat das Ermächtigungsgesetz mit 818 gegen 24 Stimmen angenommen.
- Der Reichspräsident hat die Demobilisierungsverordnungen und die Erwerbslosenfürsorge durch neue Bestimmungen geregelt.
- Das Kohlensteuergesetz ist aufgehoben und der Wirtschaftsmittelminister zu einer Herabsetzung der Kohlenpreise ermächtigt worden.
- In verschiedenen Teilen des Reiches kam es zu Erwerbslosenunruhen und Plünderungen.
- Der preussische Landtag hat sich auf den 27. November vertagt.

Die neuen Aufgaben.

Das Ermächtigungsgesetz ist vom Reichstag angenommen, und damit sind dem Kabinett diktatorische Vollmachten in einem Ausmaß gegeben worden, wie sie selbst in einer konstitutionellen Monarchie ein König nicht hat. Nach eben so langen wie unerquicklichen parlamentarischen Verhandlungen ist diese Situation durch die große Koalition geschaffen worden, aus deren Vertrauensmännern das Kabinett zusammengesetzt ist, und die sich selbst damit der ihr verfassungsmäßig zustehenden parlamentarischen Macht entäußern.

Dem neuen Direktorium, wie wir es nennen wollen, stehen geradezu ungeheuerliche Aufgaben zur Bewältigung bevor, Aufgaben, die in normalen Zeiten schon schwierig genug wären, vor allem die Aufgabe, ein zertrümmertes Volk aus allen Fugen gegangene Wirtschaft wieder zusammenzubringen. Die außenpolitische Situation aber macht diese Aufgaben fast un lösbar; denn die Wirksamkeit der Regierung wird selbst bei gutem Willen im Westen durch die Franzosen in aller ihrer Tätigkeit lahmgelegt. Gerade aber im Westen ist in den letzten Tagen der Kampf empör-

Die Hundertschaften und Aktionsausschüsse verboten.

Der Befehlshaber im Wehrkreis IV, Generalleutnant Müller, hat nach einem an die sächsische Regierung gerichteten Schreiben ähnlichen Inhalts folgendes verfügt:

- Ich verbiete hiermit die Bildung oder den Zusammenschluß der sog. proletarischen Hundertschaften, der republikanischen Notwehr und anderer ähnlicher Organisationen. Etwa bestehende derartige Organisationen werden hiermit aufgelöst. Jede Beteiligung an solchen Organisationen wird untersagt.
- Jede Person oder Organisation, die im Besitze nachstehend verzeichneter Waffen ist, hat sie spätestens innerhalb drei Tagen abzuliefern oder zur Abholung anzuzeigen: Maschinengewehre, Gewehre (Mod. 98), Maschinenpistolen mit Munition, und zwar in Garnisonsstädten bei dem Standortkommando, an Orten ohne Garnison bei der Polizeibehörde. Für aufgelöste Organisationen haftet für die Waffenabgabe oder Anzeige der Führer oder dessen Stellvertreter. Bei rechtzeitiger Waffenabgabe oder Anzeige wird hiermit Straffreiheit wegen unbefugten Waffenbesitzes zugesichert.
- Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen 1 und 2, die Aufforderung oder der Anreiz zu Widerhandlungen wird mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Goldmark, soweit die gesetzlichen Bestimmungen nicht schwerere Strafen androhen, bestraft. Gleiche Strafe trifft denjenigen, der Kenntnis von verborgenen Waffen hat und nicht sofort Anzeige erstattet.
- Die Polizeibehörden, bei denen Waffen abgeliefert werden, sind für sichere Bewachung der Waffen verantwortlich und haben innerhalb fünf Tagen dem Wehrkreiskommando IV Bericht zu erstatten.

Eine zweite Verfügung des Befehlshabers lautet:

„Ich verbiete hiermit die Bildung oder den Zusammenschluß von Aktionsausschüssen, Abwehrschüssen oder ähnlichen Organisationen, die den Zweck haben, neben den verfassungsmäßigen Behörden oder gegen diese zur Vorbereitung oder Durchführung politischer Maßnahmen Schritte zu tun. Etwa bestehende Organisationen dieser Art werden hierdurch aufgelöst. Jede Beteiligung an solchen Organisationen wird untersagt. Zu widerhandlungen gegen dieses Verbot, der Anreiz oder die Aufforderung zu Widerhandlungen werden mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Goldmark, soweit die gesetzlichen Bestimmungen keine höhere Strafe vorsehen, bestraft.“

Richard Meier-Zwickau sächsischer Zivilkommissar?

Leipzig, 13. Okt. Nach einer Berliner Meldung der „Leipz. Volksztg.“ soll am Freitag der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Richard Meier-Zwickau zum Zivilkommissar für Sachsen ernannt worden sein.

gelodert, in den wir jetzt hineinschreiten, der soziale Kampf zwischen Kapital und Arbeit, ein Kampf von Ausmaßen, wie ihn Deutschland bisher noch nicht sah. Jetzt erst erfolgt die wahre „Demobilisierung“, die wirkliche Auseinandersetzung zwischen dem Soll und Haben unserer Wirtschaft, und unerbittlich werden aus dem Saldo die Konsequenzen gezogen. Die Industrie ist am Rande ihrer Kraft, auch sie kämpft um ihr Dasein und ist dabei naturgemäß als Verlierer der an und für sich wertlosen Sachwerte immer noch stärker als die Massen der Angestellten und Arbeiter, die lediglich auf ihrer Köpfe und ihrer Hände Arbeit angewiesen sind. Verkauf auch ist emporgelodert der Kampf zwischen Stadt und Land, die zueinander nicht kommen können, weil sie durch das brausende Meer der Papiermarkfluten voneinander getrennt sind.

Die neue Kohlenpreissetzung, die durch die Aufhebung der Kohlensteuer den Kohlenpreis um etwa 30 bis 35 % ermäßigt, fügt dem Staate selbstverständlich ungeheure Verluste zu, weil die Kohlensteuer eine der ergiebigsten Einnahmequellen des Reiches gewesen ist. An ihr festzuhalten bedeutete aber, die Kuh, die Milch geben sollte, zur Schlachtbank zu führen. Durch die Kohlenpreisermäßigung ist der deutsche Inlandskohlenpreis beinahe auf das Niveau des Weltmarktpreises heruntergedrückt; es ist jetzt Aufgabe der Bergarbeiterschaft, durch Mehrproduktion das Angebot an deutscher Kohle zu erhöhen und damit ihren Preis zu senken.

Die Regierung ist damit vor ihre vielleicht schwierigste innenpolitische Aufgabe gestellt, das ist eine Reform der Arbeitszeit. In dieser Woche bereits wird der Reichstag wieder zusammentreten, um ein Arbeitszeitgesetz zu beschließen. Die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit dürfen sich aber bis dahin nicht so zuspitzen haben, daß ein Verhandeln überhaupt nicht mehr möglich ist. Im Rheinland nicht nur, sondern auch in Westfalen und in den anderen

Wohnungsmieten zum Lebenshaltungsindex.

Berlin, 13. Okt. Das Reichskabinett hat sich in seiner letzten Sitzung auch mit Richtlinien über die künftige Wohnungspolitik der Regierung befaßt. Wie die „Expres-Korrespondenz“ an maßgebender Stelle erfährt, handelt es sich bei dieser geplanten Wohnungspolitik um eine Umgestaltung des Wohnungswesens. Die Regierung geht von der Auffassung aus, daß die Wohnungswirtschaft sich auf eigene Füße zu stellen hat, und daß die bisherige Zuschußwirtschaft für eine Neubautätigkeit aufhören muß. Ein völliger Uebergang in die freie Wirtschaft wird zurzeit noch nicht für möglich gehalten. Die Kosten der Neubauten sollen künftig hauptsächlich aus den Mieten aufgebracht werden. Zu diesem Zwecke wird für notwendig gehalten, die Mieten wieder dem Friedensstande zu nähern, und zwar soll die Berechnung der Mieten nach dem Lebenshaltungsindex erfolgen.

Kommt das Helfferich'sche Währungsprojekt?

Berlin, 13. Okt. Das Präsidium und der Ausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie trafen gestern zu einer Tagung zusammen, auf der Geheimrat Bucher einen Bericht erstattete, aus dem hervorzuhelien ist, daß der Reichsverband das Vorgehen der Herren Stinnes, Klöckner, Böglert usw. als durchaus loyal anerkennt. Zur Währungsfrage erklärte Geheimrat Bucher, der Reichsverband sehe als das Ideal die Wiederherstellung einer Goldwährung an. Da diese aber zurzeit nicht zu erreichen ist, stimme er für das Helfferich'sche Projekt als Zwischenlösung und es sei wohl zu erwarten, daß auf diesem Gebiete schon in den nächsten Tagen durch wichtige Entscheidungen eine gewisse Entspannung eintreten werde.

Auch Englands Politik impotent?

London, 13. Okt. In einer Rede in Perth erklärte Aquith, seit dem Waffenstillstand sei man von der wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas nie weiter entfernt gewesen, als zurzeit. Die Regelung der Reparationen und alliierten Schulden, ohne die kein Schritt in der Richtung auf bessere Zustände getan werden könne, sei durch das Verbot der Reparationsabenteurer im Ruhrgebiete endgültig und verhängnisvoll verzögert worden. Es scheint fast, als ob Großbritannien aufgehört habe, zu den Großmächten der Welt zu gehören. Habe Großbritannien überhaupt eine auswärtige Politik? Nach Lord Curzon's Rede vor der Reichskonferenz sehe es so aus, als ob die britische Regierung wieder einmal auf ihren Lorbeeren ausrubte und abwarten wolle, ob die Franzosen irgendetwas Neues vorzuschlagen haben. Wie könne auf diese Weise Großbritannien hoffen, im Rate der Völker Autorität zu genießen oder gar Respekt einzuflohen? Die Völkerbundsaufgaben könnten mit Zug und Recht im Glasfassen eines Museums aufbewahrt werden als dauerndes Denkmal der Unfähigkeit und Unaufrichtigkeit der Staatsmänner der Welt. Die Politik der britischen Regierung scheine eine Politik bemühter Impotenz zu sein.

Industriegebieten sind sehr weitgehende Entlassungen der Angestellten und Arbeiter erfolgt, die jetzt oder sehr bald auch die Erwerbslosenfürsorge angeht. Das trägt in die Massen natürlich eine unendliche Erbitterung hinein, obwohl diese Maßnahmen zum allgrößten Teile notwendig sind. So gehen wir vielleicht schon in den nächsten Tagen schweren Unruhen entgegen, deren Anzeichen schon überall sich gezeigt haben. Hierbei ist die Regierung nicht nur zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung verpflichtet, und die Reste wirtschaftlicher Betätigung nicht auch noch vollständig zu lassen, sondern sie muß allerhöchste und aller schnellste Aktivität nach der positiven Seite hin entwickeln. Der Körper unserer Wirtschaft ist durchflohen von dem bis ins Färblose verdünnten Blut der Währung, und es ist daher die erste Aufgabe, endlich eine energische Währungspolitik zu treiben, nachdem man neun Wochen über das Verateln nicht hinaus gekommen ist. Das Direktorium muß jetzt diktatorisch eingreifen, sonst stirbt der entkräftete deutsche Wirtschaftskörper in aller kürzester Frist.

Ebenso drängen die außenpolitischen Verhältnisse zu einer größeren Aktivität. Man hat seit Wochen gewußt, daß der passive Widerstand abgebrochen werden sollte. Wer jetzt nicht selbst Zeitungen, die der Regierung nahe stehen, stellen, daß man sich gar keine Überlegungen darüber gemacht hat, was denn nun nach der Aufgabe des passiven Widerstandes eigentlich erfolgen würde, hat sich aber auch nicht überlegt, was denn geschehen sollte, wenn Poincaré, was nicht unwahrscheinlich war, jede Verhandlung mit der deutschen Regierung ablehnte. Warum beauftragt man nicht Barres, den Oberbürgermeister von Düsseldorf, und erlen Vorstehenden des Rheinischen Provinziallandtages damit, in Verhandlungen von Reichs wegen aus mit den Franzosen einzutreten? Oder warum gibt man nicht diesen Auftrag, die Franzosen auszuweisen, dem zweiten Vorsitzenden des Provinziallandtages? Warum wendet man sich nicht an Ena-